

## Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Verwaltungs- und Bauausschusses am 15.11.2011,  
17:35 Uhr, im neuen Sitzungssaal des Rathauses

### Teil Amt 6

#### Anwesend:

1. Oberbürgermeister Müller
2. Stadträtin Richter (i.V. für Stadtrat Schmidt)
3. Stadtrat Lorenz
4. Stadtrat M. Müller
5. Stadtrat Rank
6. Stadtrat Weiglein
7. Stadtrat Heisel
8. Stadträtin Glos
9. Stadtrat Haag
10. Stadträtin Wallrapp
11. Stadtrat Steinruck
12. Stadtrat Pauluhn
13. Stadtrat Schardt

#### Entschuldigt fehlte:

Stadtrat Schmidt

#### Als Gäste:

Ortssprecherin Schlötter  
Stadtrat E. Müller  
Stadtrat Freitag

#### Berichterstatter:

Architekt Fischer für Amt 6  
Stadtplaner Pohl für Amt 6  
Assessorin Näck-Schoor für Amt 3  
Verwaltungsrat Schwarz für Amt 3

#### Schriftführer:

Verwaltungsfachwirt Müller für Amt 6  
Verwaltungsinspektor Felbinger für Amt 3

#### Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung:

Die Ladung zur Sitzung ist ordnungsgemäß erfolgt. Zu Beginn der Sitzung sind mehr als die Hälfte der Ausschussmitglieder anwesend. Der Ausschuss ist somit beschlussfähig.

1. Genehmigung der öffentlichen Niederschriften vom 20.09.2011

**Mit 12 : 0 Stimmen**

Die öffentlichen Niederschriften vom 20.09.2011 sind gemäß Art. 54 Abs. 2 GO genehmigt.

2. Vergabe der Organisation und Durchführung des Frühlingsfestes und der Etwashäuser Kirchweih sowie der Sickershäuser Kirchweih für die Jahre 2012 bis einschließlich 2015

**Mit 12 : 1 Stimmen**

1. Mit der Organisation und Durchführung des Frühlingsfestes und der Etwashäuser Kirchweih auf dem Festplatz Bleichwasen sowie der Sickershäuser Kirchweih für die Jahre 2012 bis 2015 wird Herr Ottmar Till, Iphofen beauftragt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, mit Herrn Ottmar Till einen Gestattungsvertrag abzuschließen.

3. BGV- Nr. D 157/2011 - Austausch einer Holztür gegen Kunststofftür

- A. Stadtplaner Pohl stellt dar, dass der Antrag abgelehnt werden müsse, da die geplante Kunststofftüre gegen die Gestaltungssatzung verstoße.  
Stadträtin Richter ist der Auffassung, dass es sich um eine optische Aufwertung handle und der Eingang in einer Seitenstraße liege, so dass man dem Antrag zustimmen könnte.  
Stadtrat Schardt spricht in diesem Zusammenhang seinen Unmut hinsichtlich der Türe an, die im städtischen Anwesen ehem. Stadtpost eingebaut wurde und kritisiert, dass diese nicht zur Gestaltung des übrigen Hauses passe und die Stadt insoweit kein Vorbild sei.  
Oberbürgermeister Müller erklärt, dass die Türe bei der ehem. Stadtpost in Abstimmung mit dem Landesamt für Denkmalpflege gewählt wurde und die Gestaltung mit der Gestaltungssatzung konform gehe.  
Stadträtin Wallrapp ist der Auffassung, dass man einer Kunststofftüre in Holzoptik zustimmen könne.  
Stadtrat Pauluhn befürwortet dies für eine Seitenstraße ebenfalls und erklärt, dass die Gestaltungssatzung dergestalt geändert werden müsste, dass sich der Verwaltungs- und Bauausschuss nicht mehr mit derartigen Anträgen befassen müsse.  
Dipl. – Ing. Fischer stellt dar, dass sich die Verwaltung in der ersten Hälfte 2012 mit der Änderung der Gestaltungssatzung befassen und dem Stadtrat zur Beratung und Beschlussfassung vorlegen werde.  
Aufgrund der Diskussion stellt Stadträtin Richter den Antrag auf Schluss der Debatte.

**B. Mit 10 : 3 Stimmen**

Dem Antrag auf Schluss der Debatte wird stattgegeben.

- C. Stadtrat Steinruck und Stadtrat Rank sprechen sich ebenfalls für eine Kunststofftüre in Holzoptik aus.  
Oberbürgermeister Müller erklärt, dass zunächst über die Ablehnung der weißen Kunststofftüre Beschluss gefasst werden müsse und er im Anschluss über eine Kunststofftüre in Holzoptik (gedeckte Farbe und Gestalt) abstimmen lasse.

Stadtrat Lorenz fragt nach, wer über die Auswahl der Türe entscheide, wenn eine Gestaltung in Holzoptik beschlossen werde.

Dipl. – Ing. Fischer erklärt, dass die Entscheidung durch die Verwaltung in Absprache mit dem Antragssteller getroffen werde.

**D. Mit 10 : 3 Stimmen**

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Der Verwaltungs- und Bauausschuss lehnt die Erteilung einer Ausnahme zu § 10 (Türen) der Gestaltungssatzung für eine weiße Kunststofftüre ab.

**E. Mit 10 : 3 Stimmen**

Der Verwaltungs- und Bauausschuss stimmt der Tür in einer Ausführung in Holzoptik (gedeckte Farbe und Gestalt) zu.

4. BGV-Nr. 136/2011 - Errichtung einer Werbeanlage

A. Stadtplaner Pohl geht ausführlich auf den Sachvortrag ein und stellt dar, dass man den Antrag ablehnen müsse.

Stadtrat Pauluhn ist der Auffassung, da es sich bereits um die vierte oder fünfte Ablehnung aufgrund des gleichen Sachverhaltes handelt, einen Grundsatzbeschluss insofern zu fassen, dass diese Angelegenheit nicht mehr im Verwaltungs- und Bauausschuss behandelt werden müsse.

Assessorin Näck-Schoor stellt dar, dass es im Bereich der Werbeanlagen verschiedene Sachverhalte gebe und man diese nicht per Grundsatzbeschluss abfassen könne.

Stadtrat Pauluhn verweist insbesondere auf den Standort am Kreuzungsbereich und stellt fest, dass insofern ein Grundsatzbeschluss gefasst werden könne.

Assessorin Näck-Schoor stellt dar, dass an der benannten Stelle ein Bebauungsplan vorliege und sich an einem anderen Kreuzungsbereich der Sachverhalt anders darstellen könnte.

Stadtrat Weiglein unterstützt die Bitte von Stadtrat Pauluhn und stellt dar, dass es in anderen Kommunen Leitfäden zur Behandlung derartiger Dinge gebe, ohne dass die Angelegenheit im politischen Gremium behandelt werden müsse.

Assessorin Näck-Schoor stellt dar, dass dies vielmehr eine Sache der Fassung der Geschäftsordnung sei.

Auf den Hinweis von Stadtrat Pauluhn, auch die Werbeanlagensatzung zu ändern stellt Dipl. – Ing. Fischer dar, dass die Änderung der Gestaltungssatzung Priorität habe und aus seiner Sicht die Werbeanlagensatzung sehr gut sei. Gleichwohl könne man sich diese ebenfalls ansehen. Eine Vereinfachung erhalte man nur über die Änderung der Geschäftsordnung.

**B. Mit 11 : 2 Stimmen**

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Der Verwaltungs- und Bauausschuss lehnt den Antrag auf Befreiung zur Errichtung einer großflächigen Plakatwerbetafel im Bereich der Repperndorfer Straße 9 außerhalb des Baufensters ab.

5. BGV-Nr. 140/2011 - Errichtung einer Werbeanlage

**Mit 8 : 5 Stimmen**

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Der Verwaltungs- und Bauausschuss lehnt die Errichtung der beantragten Werbeanlage am vorhandenen Pylon ab.

6. Anfrage von Stadtrat Schardt  
Werbeanlage Polis Kindermoden

Stadtrat Schardt stellt fest, dass nach dem Umzug von Polis Kindermoden es offenbar zu Schwierigkeiten hinsichtlich der Genehmigung der Werbeanlage gekommen sei und er sich wundert, dass diese Angelegenheit nicht auf der Tagesordnung des Verwaltungs- und Bauausschuss war. Er bittet um den Sachstand und stellt fest, dass das Geschäft zum Dezember eröffnet werden soll.

Dipl. – Ing. Fischer verweist auf Gespräche und erklärt, dass jedoch noch kein Antrag eingegangen sei, sagt aber zu, dies nochmals zu prüfen.

Oberbürgermeister Müller bittet um Zustimmung seitens des Ausschusses, im Falle es Bedürfe einer Zustimmung im Gremium, dass die Entscheidung in der Stadtratsitzung am 24.11.2011 getroffen werden könne.

**Mit 12 : 1 Stimmen**

Falls hinsichtlich der Werbeanlage „Polis Kindermoden“ eine Entscheidung im Gremium erforderlich werden sollte, kann diese in der Stadtratsitzung am 24.11.2011 erfolgen.

7. Anfrage von Stadtrat Schardt  
Bauvoranfragen Albertshöfer Straße

Stadtrat Schardt fragt nach dem Sachstand und dem weiteren Vorgehen hinsichtlich der Bauvoranfragen in der Albertshöfer Straße.

Oberbürgermeister Müller erklärt, dass der Verwaltungs- und Bauausschuss einen rechts-widrigen Beschluss gefasst habe, den der Ausschuss im Folgenden wieder aufhob.

Assessorin Näck-Schoor ergänzt, dass die Angelegenheit auf Wunsch der Antragsteller gegenwärtig Ruhe.

Teil Amt 3

**1. Punkt 4 der Tagesordnung: Verkehrsangelegenheiten**  
**Einrichtung eines durch Schulweghelfer gesicherten Übergangs in der Glauberstraße**

Verwaltungsrat Schwarz trägt den Antrag der Schulleitung der Richard-Rother-Realschule vor, in der Glauberstraße vom Main zur Realschule einen Fuß- und Radüberweg einzurichten. Es soll sich um einen Übergang handeln, der beidseitig von Schulweghelfern gesichert wird. Eine entsprechende Markierung wird aufgebracht und die Be-

schilderung erfolgt nach der StVO. Bei positiver Beschlussfassung findet noch ein Ortstermin mit der Polizei und der Schulleitung statt, um den Ort des Übergangs festzulegen. Seitens der Verwaltung ist der Übergang in Höhe der Zufahrt zur Realschule vorgesehen. Der Oberbürgermeister ergänzt, dass dann zu überlegen wäre, im Anschluss an den Übergang, in südlicher Richtung rechts, ein Parkverbot anzuordnen, da in diesem Bereich geparkt werde. Dieses Parkverbot solle bei einer Einrichtung des Übergangs gleich mit eingerichtet werden

Stadträtin Glos begrüßt die Einrichtung des beantragten Übergangs und sieht auch eine Notwendigkeit, gleichzeitig ein Parkverbot zu erlassen.

Auf Anfrage von Stadtrat Rank erklärt Verwaltungsrat Schwarz, dass sich an der vorhandenen Fahrbahnbreite keine Änderungen ergeben.

Stadtrat Heisel bittet darum, ein Parkverbot nur in Abstimmung mit der Polizei aufzustellen. Ein geparktes Fahrzeug in diesem Bereich bremsen den Verkehr ab.

Stadtrat Schardt hält die Anberaumung des Ortstermins auf ca. 13.00 Uhr für sinnvoll, da um diese Zeit der Unterricht endet und die Busse zum Abholen bereit stehen.

Anschließend bittet der Oberbürgermeister um Abstimmung über den Antrag.

**- Einstimmig -**

Der Einrichtung eines durch Schulweghelfer gesicherten Überganges in der Glauberstraße in Höhe der Richard-Rother-Realschule wird zugestimmt.

## **2. Punkt 4 der Tagesordnung: Verkehrsangelegenheiten Durchführung von Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung im „Hammerstielweg“ in Höhe des Waldkindergartens**

Verwaltungsrat Schwarz berichtet über den Antrag eines Anwohners im Hammerstielweg, eine Verkehrsberuhigung in Form von Tempo-30-Bremsschwellen oder Aufstellung von Pflanzkübeln durchzuführen. Seitens der Verwaltung wird jedoch für derartige Maßnahmen keine Veranlassung gesehen. Falls eine Verkehrsberuhigung überhaupt in Betracht kommen sollte, dann könnte allenfalls die Straße mit 30 km/h beschildert werden.

Stadtrat Pauluhn ist der Meinung, dass „Schwellen“ den dort wohnenden Anliegern nicht zugemutet werden können. Des Weiteren werde die Straße doch nur von den Anliegern und Besuchern des Waldkindergartens befahren. Diese sollten sich selbst überlegen, mit welcher Geschwindigkeit sie dort entlangfahren. Eine Beschilderung, die keiner überwacht, brauche auch nicht aufgestellt zu werden.

Nach kurzer Diskussion schlägt der Oberbürgermeister vor, zwischen Einmündung Westtangente und dem Waldkindergarten eine Markierung „Vorsicht Kinder“ auf die Fahrbahn aufzubringen.

Hiermit besteht Einverständnis.

**- Mit 12 : 1 Stimme -**

Der Durchführung von Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung im Hammerstielweg in Höhe des Waldkindergartens wird nicht zugestimmt.

**3. Punkt 4 der Tagesordnung: Verkehrsangelegenheiten  
Geschwindigkeitsbeschränkung auf 60 km/h auf der B 8 in Höhe der Einmündung  
der Alemannenstraße**

Verwaltungsrat Schwarz trägt den Antrag einer Bewohnerin der Alemannenstraße vor, die Geschwindigkeit auf der B 8 in Fahrtrichtung Würzburg zwischen der Ortstafel und der Einmündung der Alemannenstraße auf 60 km/h zu beschränken. Der Antrag wurde mit der Polizeiinspektion Kitzingen und dem Staatlichen Bauamt Würzburg besprochen. Als Ergebnis kann nur eine Ablehnung des Antrages vorgeschlagen werden.

Für Stadträtin Richter ist die Begründung „geringere Lärmbelästigung“ nicht nachvollziehbar. Auch „Sicherheitsgründe“ können hier schlecht geltend gemacht werden.

Der Oberbürgermeister fasst nochmals zusammen, dass die Fachbehörden eine Geschwindigkeitsbeschränkung auf 60 km/h nicht für notwendig halten und bittet um Abstimmung.

**- Einstimmig -**

Der Geschwindigkeitsbeschränkung von 60 km/h auf der B 8 in Höhe der Einmündung der Alemannenstraße wird nicht zugestimmt.

**4. Punkt 4 der Tagesordnung: Verkehrsangelegenheiten  
Aufstellung eines Verkehrsspiegels in der Flugplatzstraße**

Stadträtin Wallrapp schildert die Situation an der Einmündung der Gartenstraße in die Flugplatzstraße. Insbesondere ist die Sicht nach rechts nicht optimal und in besonderen Fällen eingeschränkt. Teilweise wird auch die Sicht durch parkende Fahrzeuge behindert. Aus diesen Gründen müsse der Verkehrsteilnehmer weit in die Flugplatzstraße fahren, um freie Sicht zu haben. Ein Verkehrsspiegel gegenüber dieser Einmündung wäre wichtiger als an anderen Stellen.

Verwaltungsrat Schwarz erklärt in diesem Zusammenhang, welchen Sinn und Notwendigkeit die bereits aufgestellten Verkehrsspiegel in Etwashausen haben. An der Einmündung Flugplatzstraße / Gartenstraße wird jedenfalls ein Verkehrsspiegel nicht als notwendig erachtet, da ähnliche Einmündungsbereiche in der Stadt mehrfach vorhanden sind.

Stadträtin Wallrapp weist nochmals darauf hin, dass an dieser Stelle aus Sicherheitsgründen die Aufstellung des Verkehrsspiegels notwendig ist.

Stadtrat Pauluhn schlägt vor, den nutzlos gewordenen Spiegel beim ehemaligen Kinderhort abzubauen und an der von Stadträtin Wallrapp beantragten Stelle zu errichten. Dann würden auch keine weiteren Beschaffungskosten anfallen.

Der Oberbürgermeister bittet um Abstimmung darüber, dass dem Antrag nicht stattgegeben wird.

**- Mit 5 : 8 Stimmen -**

Dem Antrag auf Aufstellung eines Verkehrsspiegels in der Flugplatzstraße (Einmündung Gartenstraße) wird nicht stattgegeben.

Der Oberbürgermeister stellt fest, dass somit der Verkehrsspiegel aufgestellt wird.

Stadträtin Wallrapp bittet nochmals darum, den bereits vorhandenen Verkehrsspiegel am Caritashaus zu verwenden.

**5. Punkt 5 der Tagesordnung: Sonstiges  
Anfrage Stadträtin Wallrapp**

Stadträtin Wallrapp stellt fest, dass an der Einmündung Tännigstraße / Heinrich-Fehrer-Straße ein Hinweisschild angebracht ist, das auf die fehlende Wendemöglichkeit für Lkw's verweist. Trotzdem fahren viele Lkw, meist mit ausländischen Kennzeichen, in die Tännigstraße ein. Die dann erforderlichen Wendemanöver – oft zur Nachtzeit – sind dann mit erheblichen Ruhestörungen verbunden.

Der Oberbürgermeister schlägt vor, zusätzlich ein Verbotsschild für Lkw aufstellen mit dem Zusatzzeichen „Anlieger frei“. Vielleicht ist dies dann für ausländische Kraftfahrer deutlicher zu erkennen.

Hiermit besteht Einverständnis.

**6. Punkt 5 der Tagesordnung: Sonstiges  
Anfrage Stadtrat Pauluhn**

Stadtrat Pauluhn bittet darum, dass z. B. Sitzungsunterlagen der Stadtratssitzung vom vergangenen Donnerstag der heutigen VBA-Sitzung hinten angelegt werden. Dies müsste organisatorisch möglich sein.

Der Oberbürgermeister sagt zu, dass die Unterlagen künftig zumindest in verschiedene Umschläge gesteckt werden.

**7. Punkt 5 der Tagesordnung: Sonstiges  
Anfrage Stadträtin Wallrapp**

Stadträtin Wallrapp teilt mit, dass im Bereich der neu errichteten Lärmschutzwand am Lochweg aus den benachbarten Grundstücken Überhänge vorhanden sind. Außerdem ist es im Bereich des Radweges sehr dunkel.

Der Oberbürgermeister sagt eine Prüfung im Rahmen der Abnahme der Lärmschutzwand zu.

Der Oberbürgermeister schließt die Sitzung um 18.47 Uhr.